

Wie verschieden auch immer ihre Bürger sein mögen – im republikanischen Gemeinsinn findet die US-Bürgergesellschaft ihren Halt: Konfetti-parade in New York zur Beendigung des Golfkriegs (1991)



PICTURE-ALLIANCE / DPA

Warum sind die Vereinigten Staaten vielen Menschen so suspekt?

# VORREITER DER MODERNE

Von Dan Diner

Im Anfang war alle Welt Amerika. Diese kategorische Aussage über die Bedeutung des neuen Kontinents traf John Locke in seinem 1690 erschienenen Werk „Zwei Abhandlungen über die Regierung“. Adam Smith, der Begründer der modernen politischen Ökonomie, glaubte 1778, während der Amerikanischen Revolution, in der Entdeckung des neuen Kontinents einen der folgenreichsten Einschnitte der Menschheitsgeschichte zu erkennen.

Von da an galt es, die Welt neu zu interpretieren. Um die Mitte des letzten Jahrhunderts diagnostizierte Hannah Arendt in ihrem Buch „Über die Revolution“, mit der Gründung der Vereinigten Staaten sei die Geburt der Freiheit erfolgt. Dabei pries sie die Vorzüge der Amerikanischen Revolution – im Unterschied zur nachfolgenden Französischen Revolution. Ersterer sei es gelungen, politische Institutionen auf Dauer zu etablieren. Letztere sei hingegen von der ungelöstesten sozialen Frage in die Abgründe des Terrors gerissen worden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein paradoxes Produkt der Aufklärung. Paradox insofern, als sie als Inkarnation der Neuen Welt zugleich das älteste Gemeinwesen der Moderne sind. In ihnen bildeten sich die universellen, dem Prinzip der Freiheit und der Gleichheit verpflichteten Institutionen zuerst aus. Und von Amerika aus traten sie ihren Siegeszug an. Das mochte John Locke gemeint haben, als er davon sprach, im Anfang sei alle Welt Amerika.

Demokratische Institutionen sind in der Tat das Herzstück der Vereinigten Staaten von Amerika. Während sich in der Alten Welt Völker und Nationen in langwierigen Kämpfen ihrer Anciens Régimes zu entledigen hatten, erfanden in der Neuen Welt die im Prinzip der Freiheit verankerten demokratischen und republikanischen Institutionen das amerikanische Volk. Ihm konnte sich jeder anschließen.

Von den Zugehörigkeiten der alten Welten her gesehen, handelt es sich bei Amerika um die Heimat von Fremden – um ein Land vormals Verfolgter oder vor dem Elend und dem Hunger Entronnener. Und es bleibt ein solches Land, auch wenn seine Bewohner in der Neuen Welt zu Wohlstand, gar zu Reichtum gelangt sind. Denn Amerika als Land von Einwanderern ist recht eigentlich ein Land der zweiten Wahl. Niemand verlässt grundlos seinen angestammten Ort, um in die Fremde zu ziehen. Dass Amerika über lange Zeit das ersehnte „Asyl Europas“ gewesen war, macht den traurigen Umstand nicht ungeschehen, dass es zugleich, so der Historiker Manfred Henningsen, die „Schlachtbank für Indianer“ und ein „Gefängnis Afrikas“ gewesen ist.

Was die Fremden zu Amerikanern macht, ist ihr Verfassungspatriotismus. Er ist zentrales Merkmal der Zugehörigkeit zum amerikanischen Volk. Bekenntnisse und Rituale zur Regulierung des Zusammenlebens in der Gegenwart sind wichtiger als alle Erinnerungen an die Vergangenheit. Dieser Verfassungspatriotismus und die Neutralisierung von Herkunft zugunsten von Zukunft bewirken, dass sich das Land ständig neu erfindet. Darauf spielte der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama im März in seiner Rede in Philadelphia an.

1787 tagte hier der Verfassungskonvent und versprach die Gleichheit aller. Das Versprechen blieb lange unerfüllt. Vor allem das Kainsmal der Sklaverei

strafte das Freiheitspathos Amerikas Lügen. Aber Generationen von Amerikanern, so Obama, hätten dazu beigetragen, die Diskrepanz zwischen Verheißung und Lebenswirklichkeit zu schließen. In seiner, Obamas, Biografie verwirklichte sich die Idee Amerikas.

Obama erzählte die Geschichten seiner Eltern und Großeltern als integrale Bestandteile des amerikanischen Narrativ. Der Vater afrikanischer Emigrant; der weiße Großvater mütterlicherseits marschiert in der Armee des Haudegens General Patton im Zweiten Weltkrieg in Deutschland ein, um das Regime der Nationalsozialisten zu stürzen. Die Großmutter steht am Fließband, um Bomber für den strategischen Luftkrieg zu montieren. Obamas Ehefrau ist Abkömmling von Sklaven und Sklavenhaltern. Er selbst habe Brüder, Schwestern, Nichten, Neffen, Onkel und Vettern „jeglicher Rasse und jeglicher Hautfärbung“ über drei Kontinente verstreut – eine Lebensgeschichte also, die in keinem Land der Erde möglich sei, außer eben in Amerika.

E pluribus unum – aus vielen eins, nicht von ungefähr ist dieses Motto auf dem amerikanischen Wappen und vielen Münzen zu finden. Die Vereinigten Staaten sind das Land sichtbarer Vielheit in der Einheit der Republik. Da ist zuerst die Akzeptanz der religiösen Vielfalt, später auch die der ethnischen und kulturellen Mannigfaltigkeit.

Seinen Ursprung hat das Prinzip der Vielheit in der englischen Tradition des konfessionellen Pluralismus. Seine Träger waren die protestantischen Sekten, die es schon früh über den Atlantik trieb. Ein solcher Pluralismus relativiert jeden Absolutheitsanspruch von Religion. Als Konfession, als internalisierter Glaube, wird jede Religion zu einer neben anderen. Die Verwandlung von Religion in ein Bekenntnis unter vielen trug beispielsweise dazu bei, dass in Amerika das Reformjudentum zur bedeutendsten jüdischen Glaubensrichtung aufstieg. Oder dass dort mehr als irgendwo sonst auf der Welt sich der Islam zunehmend in Konfession verwandelt. Auch der Katholizismus ist in den Vereinigten Staaten eine mehr oder weniger „protestantische“ Konfession.

Hegel hat einmal gesagt, Nordamerika sei „bürgerliche Gesellschaft ohne Staat“. Das war scharf beobachtet. Denn die bürgerliche Gesellschaft – oder in leichter Verschiebung in Zeit und Sinn: die Zivilgesellschaft – bedarf zu ihrer selbstbestimmten Regulierung der Tugenden gemeinsamen Handelns. Der Staat als eine die Gesellschaft regulierende Institution ist hingegen eher ein europäisches, genauer: ein kontinentaleuropäisches Phänomen. Der „civil society“ steht er fremd gegenüber.

Alexander von Humboldt suchte das amerikanische Phänomen der Volksrepräsentation seinem obersten Dienstherrn, dem preußischen König, wie folgt zu erklären: „Eure Majestät, es ist eine Regierung, die niemand sieht und niemand fühlt, und doch ist sie viel mächtiger als die Regierung Eurer Majestät.“

Den Amerikanern ist Staat an sich suspekt. Umso gewichtiger ist jene höhere Instanz, die der Einzelne in sich trägt. Die zivile Bedeutung der Religion in Amerika sorgt für den Zusammenhalt des Gemeinwesens – und sie lehrt, gleichsam intuitiv zwischen Richtig und Falsch, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. So beruft sich Amerika leichthin auf Gott – aber nicht auf einen bestimmten.

**DAN DINER,**  
*Jahrgang 1946, ist Professor für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem und Leiter des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig.*

Der geradezu politische Glaube an die Transzendenz legt über die strikte Gewaltenteilung hinaus der demokratischen Allgewalt des Volkes als souveränem Gesetzgeber Kautelen auf. Sein Wille steht mithin unter Vorbehalt. So ist die Bindung an die Transzendenzen paradoxerweise Bedingung selbstregulierten gesellschaftlichen Handelns. Dazu gehört das Selbstverständnis, dass Vereinbarungen das Zusammenleben regeln, und die Gewissheit, dass man sich auf diese Regularien verbindlich verlassen kann.

In einer berühmten Abhandlung begründet John Locke so die Geltung von Toleranz für alle Glaubensrichtungen. Davon sind die Atheisten freilich auszunehmen. Warum dies? Weil sie nicht eidesfähig sind. Der Schwur vor Gericht als öffentliche Anrufung der Transzendenz wird zur Voraussetzung von Teilhabe und Teilnahme an der bürgerlichen Gesellschaft ohne Staat. Deshalb heißt es auf der amerikanischen Dollar-Note unumwunden: In God We Trust.

Die Gottgefälligkeit der Amerikaner, aber auch andere von ihnen in Ehren gehaltene Tugenden wie Familiensinn und Patriotismus haben ihnen so manche Schelte eingetragen – vornehmlich die stets wiederkehrende Vorhaltung, sie seien stockkonservativ. Tatsächlich vermochten etwa sozialistische Ideen in Amerika keine Wurzeln zu schlagen.

Einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht, hatte zum Ausgang des 19. Jahrhunderts auf derartig abfällige Reaktionen seiner Parteifreunde eine ebenso aufklärende wie verblüffende Antwort parat: Die Amerikaner seien zu Recht konservativ. Und sie seien es deshalb, weil sie etwas zu konservieren hätten – ihre Verfassung. Zudem, so führt er weiter aus, seien alle demokratischen Nationen konservativ – und dies im Unterschied zu despotisch regierten Völkern. Letztere hätten allen Grund, sich gegen die bestehenden Verhältnisse aufzulehnen.

Im 19. Jahrhundert waren die amerikanischen Werte den konservativen Häuptionen in Europa ein Greuel. Als der amerikanische Präsident James Monroe im Jahre 1823 in seiner berühmten Rede zur Lage der Nation eine strikte Trennung zwischen den europäischen monarchischen Prinzipien der Heiligen Allianz auf der einen Seite und den republikanischen Prinzipien Amerikas auf der anderen Seite verkündete, sah Fürst Metternich darin nicht nur die Absicht, Macht gegen Macht zu setzen, sondern auch „Altar gegen Altar“.

Der österreichische Kanzler verstand, dass es sich bei der in Monroes Doktrin aufgestellten transatlantischen Schlachtenordnung eigentlich um politische Glaubensfragen handelte. So identifizierte die europäische Reaktion die Vereinigten Staaten mit den Prinzipien des Liberalismus – also mit Demokratie und Republik. Da war es durchaus folgerichtig, dass Washington nach dem Ausbruch der Märzrevolution 1848 einen Botschafter nach Frankfurt am Main an die Paulskirchen-Versammlung entsandte.

Nachdem die Revolution gescheitert war und es mitteleuropäische Demokraten nach Amerika verschlagen hatte, versuchten sie von dort aus, ihre vormalige Heimat zu revolutionieren. Deutsche Emigranten forderten die Vereinigten Staaten 1853 in einem aufsehenerregenden Manifest auf, in Europa die Bekämpfung der Tyrannei zu unterstützen und dabei zu helfen, dass eine Weltdemokratie mit allgemeinem Stimmrecht und Volksbewaffnung etabliert werde.

An diese Haltung schließt die Tradition an, Kriege um Werte und Bürgerrechte für selbstverständlich zu halten. Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg machte den Anfang. Die Aufständischen rebellierten gegen den englischen König. Ihr Ziel war die Verfassungsforderung: „No taxation without representation“, keine Besteuerung ohne politische Vertretung.

Der amerikanische Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts wiederum steht wie kaum ein anderer für das Ringen der Nation um gleiches Recht für alle. Und der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg sollte nach den Worten von Woodrow Wilson „die Welt für die Demokratie sicher machen“. Als „Kreuzzug für die Freiheit“ galt den Amerikanern dann der Zweite Weltkrieg.

Der amerikanischen Politik ist so etwas wie ein Missionsgedanke eingeschrieben. Es gilt, die Menschheit mit den Werten von Demokratie und Freiheit zu beglücken – eine Tradition, die andere als Ansinnen empfinden. So sind die Amerikaner schnell dabei, ihnen als unbotmäßig erachtete Regierungen zu stürzen, und dies meist nicht zum Schaden eigener Wirtschaftsinteressen. Vor allem die, wenn auch schon etwas weiter zurückliegenden Interventionen im „Hinterhof“ ihres Halbkontinents, besonders in Mittelamerika, sind ihrem Ruf nicht gut bekommen. Dazu kam, dass Washington in der Zeit des Kalten Kriegs geflissentlich ignorierte, ob ein Regime den Maßgaben von Demokratie und Menschenrechten folgte. Wichtig war allein, ob es sich auf der richtigen Seite der neuen Front einfand.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind wenig gelitten. Ob die ihnen inständig entgegengebrachte Abneigung Folge ihres Handelns oder Ausdruck ihres Seins ist, lässt sich nur schwer ausmachen. Vieles spricht dafür, dass ihre bloße Existenz Antipathien hervorruft. Ob es sich – wie im 19. Jahrhundert gang und gäbe – um einen tief im bürgerlichen Milieu verankerten aristokratischen Widerwillen gegenüber den „Gleichheitsflegeln“ (Heinrich Heine) handelte oder um die Identifizierung Amerikas als Ursprungsland von Geldherrschaft und Kapitalismus – alles weist darauf hin, dass das Land für die dunkle Seite der Moderne haftet. Denn auffällig ist, dass eine chronische Feindseligkeit der Moderne gegenüber sich mit einer Feindschaft Amerika gegenüber verbindet. Und je später die Moderne mit ihrer Kultur der Beschleunigung auf von ihr bislang noch wenig durchdrungene Traditionsgesellschaften trifft, umso dramatischer sind die Reaktionen.

In der Tat wurde über lange Zeit Modernisierung mit Amerikanisierung gleichgesetzt – im Guten wie im Schlechten. Heute gilt Ähnliches für das Phänomen der Globalisierung. Auch hier wird das wenig verstandene Walten der „unsichtbaren Hand“ mit dem Wirken Amerikas identifiziert. Die Wurzeln dieses Prozesses der Moderne lassen sich in der Ideenwelt der schottischen Aufklärung ausmachen. Es waren vornehmlich die schottische Aufklärung und ihre calvinistisch-presbyterianischen Ursprünge, aus denen heraus die Tradition des gesunden Menschenverstands und des Strebens nach Glück erwachsen und in die Neue Welt übertragen wurden.

Heute, nach dem Ende des ideologischen Gegensatzes zwischen westlichem Liberalismus und östlichem Kommunismus, zwischen Freiheit und wortwörtlich verstandener Gleichheit, zeigen sich innerhalb der westlichen Demokratien – zwischen Europa und Amerika – zunehmend markante Unterschiede: bei der Bereitschaft zur Gewaltanwendung nach außen, im wirtschaftlichen Gebaren,





Wehrhafte Demokratie:  
Graduierungsfeier an der Militär-  
akademie West Point (2005)

bei der politischen Partizipation. Vor allem aber in Fragen der sozialen Sicherung und in dem Verständnis von Arbeit und Arbeitsbedingungen. Während in Europa die Verknüpfung von Nationalstaat und Sozialstaat über lange Dauer gewachsene Anwartschaften verbürgte, kennt Amerika als ein sich beständig neu erfindendes Einwanderungsland solch weitreichende Garantien nicht. Ein strukturell sich der Einwanderung öffnendes Europa indes dürfte sich auf Dauer veranlasst sehen, Abstriche an seinem gewachsenen sozialen Sicherungssystem hinzunehmen.

In Gemeinwesen vornehmlich kontinentaler Tradition ist die Gesellschaft dem sie voraussetzenden Staat erwachsen. Amerika hingegen ist – wie Hegel beobachtete – im Prinzip eine bürgerliche Gesellschaft ohne Staat. Selbstredend nicht gänzlich ohne Staat, aber mit bei weitem weniger Staat als in Europa. Dass die Vereinigten Staaten im letzten Jahrhundert zweimal in die europäischen Querelen eingriffen und den alten Kontinent und vor allem sein deutsches Herzland „amerikanisierten“, ist der Alten Welt nicht schlecht bekommen. Nach der Epochenwende von 1989/91 setzte sich dieser Prozess weiter nach Osten fort.

All dies lässt sich als zivilisatorischer Ausläufer der „Atlantischen Revolution“ verstehen: des historischen Prozesses der Individualisierung und der gesellschaftlichen Beschleunigung, der das Antlitz der Welt rapide verwandelt. Amerika mit dieser Entwicklung in eins zu setzen – so, als sei es sein Verursacher und nicht sein erstes und deshalb auch am weitesten fortgeschrittenes Produkt –, ist ein weitverbreiteter Irrtum.

Dass Amerika „im Anfang“ (Locke) dieser Entwicklung war, ist jener ungewöhnlichen kolonialen Konstellation geschuldet, aus der es erwachsen ist. Es konnte als eine Kopfgeburt der Aufklärung gleichsam aus sich heraus die Menschheit erfinden. Damit ist nicht angezeigt, Amerika sei die Menschheit – bei weitem nicht. Aber die Vereinigten Staaten von Amerika kommen dem Konzept der Menschheit näher als jedes andere real existierende Gemeinwesen.

Genau das klang in jener Rede Barack Obamas in Philadelphia an, als der Kandidat der Demokraten ausrief, in seiner Person inkarnierte sich eine Lebensgeschichte, die in keinem anderen Land der Erde möglich gewesen wäre. ♦